



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 84831 - 33

Fernschreiber 0886890

E/XIII/45 - 24. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Rheinland-Pfalz wird zum Raketenzentrum der Bundesrepublik Die Landesregierung weiss von nichts	88
3 - 5	Neue Phase des Kampfes auf Zypern? Von unserem Balkan-Korrespondenten	76
6 - 7	Fankows Kampf gegen die "Selbmänner" Verspiel zu neuen Antriebsmethoden	73
8	Die Folgen des 23. Januar Unruhe in der CDU - Kritische Stimmen melden sich zu Wort	58

* * * * *

Rheinland-Pfalz wird zum Raketenzentrum der Bundesrepublik
Von J. Fuchs, MdL., Mainz

Rund 14 000 Enteignungsverfahren, die in den letzten Monaten vorwiegend Bauern zugeleitet worden waren, hatten die SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag zu einer Grossen Anfrage veranlasst. Es handelt sich dabei um Gelände, das für militärische Zwecke gebraucht wird. Nachdem der rheinland-pfälzische Ministerpräsident in einer gewundenen Erklärung den Nachweis zu führen suchte, dass diese Beschlagnahmungen eigentlich nur "versorgunglichen Charakter" trügen und zum Teil einen bestehenden Zustand legalisieren sollen, unternahm er den unglücklichen Versuch, einen Ausflug in militärische Fragen zu unternehmen. Die Nike-Abschussbasen dienten ja nur dem Schutz der Bevölkerung und ausserdem sei ihm selbst von Abschussbasen für Mittelstreckenraketen nichts bekannt.

Kein militärisches Geheimnis mehr

Nun ist es aber gar kein militärisches Geheimnis mehr, dass in der Tat Rheinland-Pfalz zum Mittelpunkt der Planungen für Raketenabschussbasen und zur Lagerung von Atomwaffen geworden ist. Die amerikanischen Truppen schaffen hier Tatsachen, die so leicht nicht mehr rückgängig zu machen sind. Wer in diesen Tagen die aus dem Frühjahrsmanöver zurückkehrenden amerikanischen Einheiten bei ihrem Marsch durch die Landeshauptstadt Mainz beobachten konnte, der musste über die grosse Anzahl von 28-cm-Langrohrgeschützen, auch "Atom-Annis" genannt, und über die neuerdings auftauchenden fahrbaren Raketen-Abschussvorrichtungen überrascht sein. Die taktischen Atomwaffen scheinen zu einer Selbstverständlichkeit geworden zu sein. Darauf deuten auch die bei verschiedenen Gelegenheiten angekommenen Manöver-Anlagen hin. So wurde bei einem Manöver auf dem Flugplatz Landstuhl am 11. März 1957 der Abwurf einer sogenannten Baby-Atomombe aus nur 60 Meter Höhe durch einen Überschalljäger vorgeführt.

Sechs Abschussbasen für "Matador"

Wo aber Atomwaffen zum festen Bestandteil der Truppenausrüstung werden, da müssen auch die dazugehörigen Atom-Sprengsätze lagern. Es gibt auch keinen Zweifel mehr darüber, dass die amerikanischen Truppen in Rheinland-Pfalz bereits mit Mittelstrecken-Raketen und denentsprechenden Abschussbasen ausgerüstet sind. Bis jetzt ist der Typ "Matador" bekannt, von denen mindestens sechs Abschusstellen auf rheinland-pfälzischem Gebiet errichtet wurden. Die "Matador"-Rakete hat eine Reichweite von rund

tausend Kilometer, ihre Sprengladung ein Gewicht von 1,7 Tonnen. Vor allem aber kann die "Matador"-Rakete mit Atomsprenghköpfen versehen werden. Da nach den Ankündigungen des Bundesverteidigungsministeriums nunmehr die Bundeswehr ebenfalls mit diesen Mittelstrecken-Raketen ausgestattet werden soll, sucht die Bundeswehr jetzt auch Gelände für die entsprechenden Abschussbasen in Rheinland-Pfalz.

Kirchenpräsident protestiert

Ministerpräsident Altmeier will zwar von all diesen Dingen nichts wissen, musste aber in der Landtags-Debatte zugeben, dass bereits im Oktober von Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums an Ort und Stelle "Sondierungen" vorgenommen wurden, über die die Landesregierung angeblich nicht unterrichtet war.

Nach der offiziellen Ankündigung amerikanischer Dienststellen werden in den nächsten Monaten in Rheinland-Pfalz 17 Abschussrampen für die Nike-Luftabwehrrakete gebaut. Eine dieser Nike-Anlagen sollte in der Nähe von Gebäuden der Inneren Mission bei Lechen-Speyerdorf errichtet werden. Diese Tatsache veranlasste den Präsidenten der Evangelischen Landeskirche Pfalz, D. Stenzel, zu einem geharnischten Protest sowohl bei der Landesregierung als auch beim Bundesverteidigungsministerium. Der Kirchenpräsident fügte seinen Protest die Bemerkung hinzu, dass es am besten wäre, wenn in der Pfalz überhaupt keine Abschussbasen errichtet würden, da die Pfalz jetzt schon zu den "gefährdetsten Gebieten Westeuropas" gehöre. In der Zwischenzeit hat sich auch die kirchlich-theologische Arbeitsgemeinschaft der Pfalz, der Laienmitglieder und Geistliche angehören, mit einer Eingabe an den Landtag gewandt, dafür zu sorgen, dass keine Abschussbasen für Raketen - gleich welcher Art - gebaut werden.

Durchsichtiges Vorhaben

Der militärische Wert der Nike-Anlagen ist unstritten. Sie werden in jedem Fall bei kriegerischen Auseinandersetzungen das Angriffsziel feindlicher Raketen sein, weshalb die SPD-Fraktion im Mainzer Landtag auch davon gesprochen hat, dass alle diese Anlagen geradezu wie ein Magnet auf den Gegner wirken müssten. Das bedenkliche bei diesen 17 Nike-Anlagen aber ist die berechtigte Vermutung, dass sie nicht nur der Luft-

abwehr dienen, sondern jederzeit auch für andere Raketenwaffen benutzt werden können. Hier soll offensichtlich auf Umwegen und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen der Einsatz von Mittelstreckenraketen, die jederzeit mit Atomsprenghköpfen ausgestattet werden können, vorbereitet werden.

Kein Schutz der Bevölkerung

Schon in den vergangenen Jahren war Rheinland-Pfalz zu einem riesigen Waffenlager ausgebaut worden. Es ist jetzt auf dem Wege, auch noch zum Mittelpunkt der atomaren Ausrüstung der amerikanischen Truppen auf westeuropäischem Boden zu werden. Die SPD im Mainzer Landtag wandte sich deshalb mit Entschiedenheit gegen den Versuch, diesen Vorgang zu vertuschen und die Sache so hinzustellen, als diene diese Entwicklung dem Schutze der Bevölkerung. Tatsächlich ist für den Schutz der deutschen Zivilbevölkerung in diesem Gebiet bisher so gut wie nichts geschehen. Dagegen haben die Amerikaner einen genaue Evakuierungsplan für ihre in Rheinland-Pfalz befindlichen Zivilisten ausgearbeitet. Zur Zeit werden die dafür vorgeschriebenen Rückzugsstrassen mit entsprechenden Schildern versehen. Die amerikanischen Einheiten haben Befehl, im Ernstfalle diese Rückzugsstrassen gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung rücksichtslos durch Räumpkommandos freizuhalten. Was in Rheinland-Pfalz geschieht, dient deshalb nicht dem Schutze der Bevölkerung, sondern es ist ein gefährlicher Schritt weiter auf dem Weg zum Selbstmord.

+ + +

Neue Phase des Kampfes auf Cypern?

Vor kurzem hatten der britische Außenminister Selwin Lloyd, sein Staatssekretär und der Gouverneur der Insel Cypern, Sir Hugh Foot, mit griechischen Regierungskreisen in Athen Besprechungen über die Zukunft Cyperns. Diese Besprechungen wurden unter strenger Klausur durchgeführt. Trotzdem sicherte durch, dass die von englischen Außenminister abgegebene Stellungnahme der britischen Regierung nach wie vor das Selbstbestimmungsrecht auf Cypern ablehnt. Jedoch liess sich die Neigung erkennen, dass man in London bereit ist, unter wichtigen Voraussetzungen den Cypristen eine weitgehende Selbstregierung

einschränken. Lloyd behauptete, er habe bei seinen früheren Besprechungen mit den Türken in Ankara festgestellt, dass diese nur in einem Fall bereit seien, den jetzigen Status quo in Richtung einer cyprischen Selbstregierung abändern zu lassen, nämlich wenn türkische Truppen im Rahmen der NATO-Verteidigungspläne im östlichen Mittelmeer auf der Insel stationiert würden. Bekanntlich lautet die These Ankaras hinsichtlich der Zukunft Cyperns: Teilung in einen türkischen und griechischen Teil.

Britische Angebote im griechischen Sinne?

Nach der Darlegung des britischen Außenministers wäre Grossbritannien bereit, gewisse Angebote im griechischen Sinne zur Diskussion zu stellen, jedoch fürchtet man in London, dass es dadurch eventuell zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Griechen und Türken auf der Insel kommen könnte. So hat sich England praktisch die Rolle vorbehalten, neben den beiden extremen Standpunkten der Griechen und Türken - Selbstbestimmung bzw. Teilung - eine Kompromisslösung zu suchen, die sicher die eigenen kolonialistischen Gefühle nicht allzu sehr in Mitleidenschaft ziehen wird. Die griechische Regierung äusserte ihre Verwunderung darüber, dass die 17 % des türkischen Bevölkerungsanteils eine so dominierende Rolle in der englischen Gedankenswelt spielen sollen.

Oder sollte England sich in der peinlichen Verlegenheit des Zauberlehrlings befinden, d.h. nach den bisherigen Angeboten und Zugeständnissen nicht mehr imstande sein, die türkischen Ansprüche zu droeln? Die griechische Regierung lehnte in aller Form den durch Lloyd vermittelten türkischen Gedanken einer Stationierung türkischer Truppen auf Cypern ab. Dies könne nämlich innerhalb der westlichen Welt zu sehr gefährlichen Komplikationen führen, da die griechische Widerstandsbewegung EOKA, die seit einem Jahr den Waffenstillstand hält, auf eine solche Zumutung sicher nicht nur mit Worten reagieren würde.

Makarios bleibt fest

Der britische Gouverneur auf Cypern stattete anlässlich dieser Besprechungen dem Erzbischof Makarios einen Besuch in Athen ab. Das war die erste direkte Fühlungnahme der Engländer mit dem nationalen Führer der griechischen Widerstandsbewegung nach seiner

Verbannung auf eine Insel im indischen Ozean im März 1956. Damit war der Erzbischof auch von den Engländern, nach ihren bisher gescheiterten Lösungsversuchen mit anderen Partnern, als der eigentliche Repräsentant der Insel anerkannt. Makarios erklärte, dass es zur Lösung der Zypernfrage nur einen vernünftigen Weg gebe: Direkte Besprechungen zwischen London und dem zypriotischen Volk einschliesslich seiner türkischen Minderheit. Jede Einmischung der Regierungen von Athen und Ankara in dieser Frage lehnte er ab.

Zum Abschluss der Aussprache wurde ein gemeinsames britisch-zypriotisches Kommuniqué herausgegeben. Darin heisst es, dass trotz der existierenden Meinungsverschiedenheiten, der Gedankenaustausch für beide Teile nützlich gewesen sei, und dass man weiterhin die diplomatischen Kontakte pflegen wolle, um endlich zu einer gerechteren Lösung der Zypernfrage zu gelangen.

Politische Beobachter in Athen äusserten die Ansicht, dass die Briten unter Umständen bereit sein könnten, über die Streitfrage zu diskutieren, und dass die direkte Kontaktaufnahme des britischen Auswärtigenministers mit den beiden Kontrahenten etwas anderes sei als die bisheriger abstrakten akademischen Erklärungen. Obwohl die griechische Öffentlichkeit, dank der bisherigen Erfahrungen, nichts Positives von der jetzigen konservativen britischen Regierung erwartet, möchte sie nach diesen Besprechungen den Briten wieder eine Atempause gönnen, um einen konkreten Schritt vorwärts zur Beilegung des Zypernkonflikts machen zu können.

"Kampf bis auf's Messer"

Sollten die Widerstandskämpfer der EOKA den Eindruck gewinnen, dass die Briten nur Zeit gewinnen wollen, ohne den Willen einer echten und baldigen Lösung des Streites, so deuten viele Anzeichen darauf hin, dass der Kampf, der durch den Waffenstillstand vom 14. März 1957 unterbrochen wurde, wiederaufleben wird. Die letzten Erklärungen der EOKA, in denen ein "Kampf bis auf's Messer" angekündigt wird, lassen darauf schliessen,

Pankows Kampf gegen die "Selbmanns"

S.Z. - Berlin

Die Kampffront der Ulbricht-Gruppe in der SPD, die von den dramatischen Auseinandersetzungen im Politbüro und ZK der SED zunächst gegen die "Opportunistengruppe" der Schirdewan und Wollweber gerichtet war und die bereits in den Bezirken und Kreisen der Zone zu einer Jagd nach heimlichen Schirdewan-Anhängern geführt hat, ist jetzt gegen eine weitere oppositionelle Gruppe innerhalb der Partei ausgeweitet worden. Was bisher geheim gehalten worden war, tritt jetzt auf den Bezirksleitungs- und Bezirksaktivistenkreisen der SED deutlich in Erscheinung. Es ist die Verurteilung von ZK-Mitgliedern und bisher höchsten Verantwortlichen für die industrielle Produktion der Zone, Selbmann. Auch Selbmann war bereits wegen seiner politischen Haltung auf dem 36. ZK-Plenum gemassregelt worden, wie jetzt von dem neu in den ZK-Apparat berufenen ZK-Sekretär Fröhlich auf einer Parteiaktivisten-Tagung in Leipzig zugegeben wurde.

Der Grund dafür, dass die Parteistrafe für Selbmann, der eine ernste Verwarnung erhalten hatte, bisher nicht offiziell bekanntgegeben worden ist, lag in der Erkenntnis Ulbrichts zu erlitten sein, dass mit der offenen Kampflinie gegen Selbmann und die von ihm vertretene Wirtschaftspolitik die Arbeiterschaft der Zone weit mehr in Unruhe versetzt werden würde, als dies schon durch die Liquidierung der Schirdewan-Wollweber-Gruppe geschehen ist. Die geheime Massregelung Selbmanns war mit seiner Absetzung als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats und seiner Einsetzung als Abteilungsleiter für Materialwirtschaft in der Plankommission verbunden. Diese Strafversetzung wurde zu einer Zeit durchgeführt, als Selbmann zu Vernehmungen in Lokalen teilte. Nach seiner Rückkehr sieht sich Selbmann einem Diffamierungszug der Ulbricht-Gruppe gegenüber, der in Form von scharfen Angriffen aus den Bezirksleitungen der Partei und aus den Parteileitungen einiger Grossbetriebe in die Öffentlichkeit getragen wird. Unterdessen wurde auch von Politbüro die Weisung ausgegeben, Selbmann von allen Funktionen zu entbinden, die er in der Partei, dem Staatsapparat und nachgeordneten Organen wegen seiner Stellung als Minister inne gehabt hat.

Selbmann, der zunächst von dem ZK-Mitglied Sepp Wenig (Wismut) wegen persönlicher Überheblichkeit sehr scharf kritisiert worden war, steht jetzt im Mittelpunkt von Angriffen, die nicht nur ihm als bisher verantwortlichen Politiker, sondern den "Managern", das heisst, den Werkleitern in den VEB's ganz allgemein gelten. Sie werden auf den Parteitagungen, die sich mit der Durchsetzung der neuen Politik in den Betrieben befassen, als kleine "Selbstmänner" unter stärksten Beschuss genommen. In der Ablehnung einer verantwortlichen Einschaltung der Partei in den Betrieben wurde zum Beispiel von dem Sekretär für Wirtschaft in der Leipziger Bezirksleitung, Eschunke, eine "kapitulante-hafte" Einstellung der Manager zu den Schwierigkeiten gesehen, der Versuch, den weiteren Aufbau des Sozialismus unter Hinweis auf diese Schwierigkeiten zu verlangsamen. Man könne sich oft des Eindruckes nicht erwehren, so erklärte der Leipziger Funktionär, dass ein Teil der Werkleiter hinter der Entwicklung des Bewusstseins der Arbeiter zurückgeblieben sei.

Im Gegensatz zu der von Selbmann und seinen Werkleitern verfolgten Linie, alle druckbaren Eingriffe in die äusserst schwierige Situation auf dem Produktionsgebiet zu vermeiden und von Experimenten abzusehen, verfolgen die Selbmann-Gegner um Ulbricht einen "neuen Arbeitsstil" der Partei in den Betrieben, der praktisch in neuen Antreiber-Methoden besteht. Auf der Leipziger Tagung wurden Beispiele für die angebliche Sabotageabsicht von "Werkleiter-Managern" genannt, unter anderem ein Fall, in dem der Leiter eines grossen VEB unter Hinweis auf die Schwierigkeiten die "Unterschrift unter den Staatsplan einfach verweigert hat".

In der Praxis läuft die neue Ulbricht-Politik, die sich gegen die von Selbmann vertretenen Prinzipien wendet, auf eine weitgehende Ausschaltung der bisherigen Wirtschaftsfunktionäre und ihre Ersetzung durch reine Parteikadaver hinaus. Ohne Zweifel dient auch der Ausbau des zentralen wirtschaftlichen Regierungsapparates und die Verlegung der Kontrollstellen und Planungsstellen direkt in die Bezirke und Kreise dem Ziel, den Einfluss der Partei weitgehend zu verstärken und vor allem die mehr oder weniger ausschliessliche Entscheidungsgewalt der Parteikontrollorgane zu sichern. Nur so glaubt Ulbricht gegen die objektiven Schwierigkeiten angehen zu können. Der va banque-Charakter der neuen SED-Politik kann nicht deutlicher in Erscheinung treten als gerade in dieser Anklage gegen Selbmann und seine Wirtschaftsfunktionäre.

Die Folgen des 23. Januar

sp- Die Folgen des 23. Januar, jenes Tages, an dem in der grossen ausserpolitischen Debatte die Nebelschleier zerrissen wurden, die über der politischen Landschaft der Bundesrepublik lagen, beginnen auch in der Innenpolitik recht spürbar zu werden. Dieser Tag zerstückte das Selbstbewusstsein der grössten Regierungspartei als der verantwortlichen Trägerin der deutschen Mackkriegspolitik. In diesem Tag trat der Bankrott der Adenauer'schen Wiedervereinigungspolitik offen zu Tage. Das bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf die CDU. Es häufen sich die kritischen Stimmen auch innerhalb dieser Partei. Das politische Gewissen rührt sich unter der Macht schonungsloser Anklagen. Es lässt sich nicht mehr mit den üblichen Beruhigungsspielen wieder beschäftigen. Männer treten auf den Plan, denen das Schicksal der Nation höher steht als die Zugehörigkeit zu einer Partei. Sie sagen für die CDU recht unangenehme Wahrheiten.

Den bisher weitesten Vorstoss aus den eigenen Reihen gegen die unfruchtbare, den Status quo zwangsläufig verhärtende Aussenpolitik der Bundesregierung hat nun ein Mann unternommen, der zu den Gründern der CDU gehört und als langjähriger deutscher Botschafter in London sich intime Kenntnis der weltpolitischen Strömungen und Zusammenhänge erwerben konnte. Der Artikel Schlange-Schöningsen in der "Welt" vom 22. Februar ist eine vernichtende Kritik an der bisherigen Politik Adenauers, die an Schärfe, Logik und literarischen Erkenntnissen kaum mehr überboten werden kann. In der ausserpolitischen Debatte meinte der Bundeskanzler als Antwort auf die Anwürfe der Opposition, die Sowjetunion befinde sich gegenwärtig in einer Kampfpause, nach deren Ende es erst möglich sein werde, erfolgreiche Verhandlungen mit Moskau zu führen. Schonungslos zerfetzt Schlange-Schöningsen dieses durch nichts gerechtfertigte und durch die Tatsache widerlegte Argument. Er schreibt: "Niemand kann von uns verlangen, zehn, zwanzig oder dreissig Jahre zu warten, bis die Russen geneigt sein könnten, mit uns über die Wiedervereinigung zu verhandeln. Zu spät (!) wird es dann wieder einmal von der deutschen Aussenpolitik heissen. Sind wir denn zu nichts anderem fähig, als "Niet" zu sagen?" Der frühere Botschafter wirft der Bundesregierung vor, sie habe in den vergangenen Jahren nicht einen einzigen konstruktiven Plan aufgestellt, der zur Entspannung, zur Abrüstung und zur Wiedervereinigung führen könne."

Das sagt ein Mann, dem der "Rheinische Merkur" gewiss nicht verwerfen kann, er sei ein Fellow-Traveler oder gar mehr. Er kann dies auch nicht tun vor Dr. Hagemann, dem Direktor des Institutes für Publizistik der Universität Münster (eingeschriebenes CDU-Mitglied) behaupten. Hagemann beklagte in einer Rede, in der Bundesrepublik werde die Furcht vor dem Kommunismus mit Schlagworten genährt und ein "Massenwahn erzeugt, der den gesunden Menschenverstand ausschaltet". Die Aussenpolitik der Bundesregierung habe bedenkenlos die aus Amerika importierte Strategie der massiven Vergeltung übernommen, das deutsche Volk werde hier in der Frage der atomaren Aufrüstung "an der Nase herumgeführt".

Prof. Dr. Hagemann lehrt an der Universität Münster. Aus der gleichen Stadt stammt auch der katholische CDU-Abgeordnete Peter Bellen, berührt geworden durch seine Rede um die Wehrdienstverweigerung und durch seinen Mut zur Opposition gegen Inhalt und Richtung der Adenauer'schen Aussenpolitik. Die hier angeführten Stimmen eines erwachenden politischen Gewissens mit dem Willen zur Klarheit und Wahrheit sind symptomatisch für die Jahre, die selbst für die CDU nach dem 23. Januar zu verzeichnen ist. Nach achtjähriger bewusster Vernebelung beginnen auch bisher gemüthliche Geister sich zu rühren. Die Nervosität der CDU-Führung ist nur allzu verständlich.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel